

Pressemitteilung

Spannungen im Spannungsfeld – Fachtag zu Sexarbeit und Gesundheit in Köln

Köln, 19. November 2019 – Schon über zwei Jahre gilt das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) – und noch immer provoziert es Kritik. Die Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit (GSSG) wollte wissen, wie sich das Gesetz auf die Gesundheit von Menschen in der Sexarbeit auswirkt.

Um das zu diskutieren, lud sie vergangene Woche zum Fachtag SAGE – Sexarbeit und Gesundheit – nach Köln. „Kalkuliert hatten wir mit etwa 60 Gästen“, sagte GSSG-Stifterin Harriet Langanke. „Doch die Nachfrage war so groß, dass wir am Ende über 90 waren.“ Der größte Teil der Tagungsgäste gehörte mit rund 60 Prozent dem öffentlichen Gesundheitsdienst an, aus der Sexarbeit und aus freien Beratungsstellen kamen jeweils 18 Prozent.

Geplant und vorbereitet hatten den Fachtag mehrere Steuerungs- und Organisationsgruppen. „Wir wollten mit einem möglichst breiten, partizipativen Ansatz klären, ob das Gesetz der Gesundheit eher dient oder sie eher gefährdet,“ erläuterte Langanke. Denn KritikerInnen befürchteten, die Pflicht zu gesundheitlicher Beratung dränge Sexarbeitende eher in den Untergrund – statt ihnen zu nützen.

Auch eine im Vorfeld der Tagung durchgeführte wissenschaftliche Befragung hatte sich dieser Frage gewidmet. Unter Leitung von GSSG-Fachbeirätin Elfriede Steffan und in Zusammenarbeit mit dem Berufsverband erotische und sexuelle Dienste (BESD) zeigte sich ein differenziertes Bild. „Es gibt keine zwei Gesundheitsämter in Deutschland, die das Gesetz genau gleich umsetzen würden,“ beschreibt Steffan die Ergebnisse der Recherche. „Entsprechend unterschiedlich gehen die Kommunen mit dem Spannungsfeld um, das sich zwischen dem neuen ProstSchG und dem bewährten Infektionsschutzgesetz gebildet hat.“

„Tatsächlich gibt es Sexarbeitende, die angesichts der Beratungspflicht abtauchen“, bestätigte Maia Ceres, Gesundheitsbeirätin des BESD, der sich aktiv an der Recherche beteiligt hatte. „Einige Sexarbeitende gehen lieber größere Sicherheitsrisiken bei der Arbeit ein, als sich anzumelden.“

Für die Gesundheitsämter resultiert daraus eine große Herausforderung. Sie erleben einerseits eine fundamentale Ablehnung des Gesetzes, wollen andererseits die bewährten freiwilligen Angebote des Infektionsschutzgesetzes bewahren. „Für den öffentlichen Gesundheitsdienst ist dieses Spannungsfeld anstrengend,“ fasste Langanke ein wesentliches Tagungsergebnis zusammen. „Ob das ProstSchG der Gesundheit dient, hängt offenbar in großem Maß von der Qualität der Strukturen und der akzeptierenden Arbeit in den Gesundheitsämtern ab.“

Ermöglicht hatte die Tagung eine Förderung des Bundesministeriums für Gesundheit.

Nähere Infos: <http://www.stiftung-gssg.de/themen-projekte/sexarbeit/sage-sexarbeitgesundheit>

Kontakt: *Harriet Langanke*
Tel: 0221 – 340 80 40
E-Mail: harriet.langanke@stiftung-gssg.org